



Niederschrift

über die Sitzung des Kultur- und Jugendausschusses 29/2003-08 am 03.03.2008 im Ratssaal des Rathauses

Beginn: 18.00 Uhr

Ende: 21.15 Uhr

Anwesend:

Ausschussvorsitzender
stellv. Ausschussmitglied

Wilfried Wengler
Elisabeth von Bressensdorf (für AM Gerhard
Krambeer)

"

Folker Brocks (für AM Gudrun Hohn)

Ausschussmitglied

Simone Brocks

"

Hans-Detlev Bruhn

"

Annette Marquis

"

Jörg Möhlenbrock

"

Thea Rahl

"

Moiken Silberbauer

"

Hans-Joachim Werner

seitens der Gemeindeverwaltung

Bürgermeister Volker Dornquast
Gleichstellungsbeauftragte Annegret Horn
Angela Klimpel
Lars Möller als Protokollführer

als Gäste zu TOP 3 und 4

Die Leitungen der Grund- und weiterführenden
Schulen in Henstedt-Ulzburg sowie die Leitungen
der gemeindlichen Kindergärten

Tagesordnung:

- 1. Fragezeit der Einwohnerinnen und Einwohner**
- 2. Einwendungen gegen die Niederschrift über die Sitzungen des Kultur- und Jugendausschusses 28/2003 – 2008 am 04.02.2008**
- 3. Einstellung von „Kooperationserziehern“ nach dem Quickborner Modell
- Antrag der SPD-Fraktion -**
- 4. Einführung von Regional- bzw. Gemeinschaftsschulen**
- 5. Schülerbeförderung**
- 6. „Runder Tisch“ zu den Themen „Treffpunkte für Jugendliche in Henstedt-Ulzburg, Vandalismus u. a.“**



7. **Gemeindebücherei und -medothek – Bericht für das Jahr 2007**
8. **Bericht über die finanziellen Zuwendungen zu Bildungs- und Betreuungsangeboten 2003 - 2007**
9. **Verbesserung der Verpflegungssituation an der Grund- und Hauptschule am Beckersberg – Antrag der CDU-Fraktion**
10. **Unterstützung eines Projektes zur Begabtenförderung mit dem Forschungszentrum Borstel – Antrag der CDU-Fraktion**
11. **Unterrichtungen / Anfragen**
12. **Fragezeit der Einwohnerinnen und Einwohner**
13. **Vereinsgrundstücke in Henstedt-Ulzburg - nichtöffentlich**

Zu Punkt 1 der Tagesordnung:

„Fragezeit der Einwohnerinnen und Einwohner“

Herr Schäfer fragt, wann die Fassadensanierung für die Vereinshalle des FCU auf dem Beckersberggelände in Auftrag gegeben wird. *Zu Protokoll wird mitgeteilt, dass der Auftrag bereits der Fa. Wagner aus Hasenmoor erteilt wurde. Für den Baubeginn müssen gute Witterungsbedingungen herrschen, daher wird zurzeit noch abgewartet.*

Zu Punkt 2 der Tagesordnung:

„Einwendungen gegen die Niederschrift über die Sitzungen des Kultur- und Jugendausschusses 28/2003 – 2008 am 04.02.2008“

Frau Silberbauer erkundigt sich, warum die Anzahl der Essen durch die Verwaltung mit nunmehr 32 zu Protokoll gegeben wurde, nachdem in der Vorlage zur Sitzung am 04.02.08 zunächst nur 22 mitgeteilt wurden. *Zu Protokoll wird mitgeteilt, dass die ermittelten Zahlen Durchschnittswerte des Zeitraums September bis Dezember 2008 darstellen. Zu den in der Vorlage zur Sitzung am 04.02.08 mitgeteilten 22 ausgegebenen Mahlzeiten sind weitere 10 Essen derjenigen Schüler/innen hinzuzurechnen, die im Rahmen des Hauswirtschaftsunterrichts an der Herstellung der Gerichte mitgewirkt haben. Die Zahl wurde nochmals durch Herrn Denker bestätigt.*

Frau Honerlah bemängelt, es sei im Nachgang zur Sitzung am 04.02.08 nicht wie beschlossen die aufgrund der Geruchsbelästigungen im Kindergarten Moorweg erforderlichen Pilzuntersuchungen veranlasst worden. Bürgermeister Dornquast erwidert, die Durchführung einer Pilzuntersuchung sei nicht beschlossen worden. Der Leiterin des Kindergartens seien keine Beschwerden über Geruchsbelästigungen bekannt geworden. Die voraussichtliche Ursache für den Geruch wurde daher entsprechend zu Protokoll mitgeteilt.

Weitere Anmerkungen werden von den Ausschussmitgliedern nicht gemacht. Die Niederschrift gilt damit als genehmigt.



Zu Punkt 3 der Tagesordnung:

„Einstellung von „Kooperationserziehern“ nach dem Quickborner Modell - Antrag der SPD-Fraktion -“

Herr Wengler begrüßt die Erzieherin Frau Wiebe von der Stadt Quickborn, bedankt sich für ihr Erscheinen und bittet sie, über die Arbeit der Kooperationserzieher/innen in Quickborn zu berichten.

Frau Wiebe teilt mit, die Stadt Quickborn habe gute Erfahrungen mit diesem Modell gemacht. Insbesondere im Bewegungs- und Kleingruppenbereich sei der Übergang zur Grundschule durch die Begleitung der Kooperationserzieher sehr erleichternd gewesen.

Frau Schulze, Leiterin der Grundschule Rhen, berichtet ergänzend von ihren Erfahrungen bei der Stadt Quickborn. Insbesondere für „schwierige“ Kinder sei die Anwesenheit der Kooperationserzieher in der Grundschulklasse eine Bereicherung gewesen. Nach der Kennenlernphase im Kindergarten seien die Kinder gewissermaßen mit in die Grundschule genommen worden und konnten sich somit besser in den Schulalltag einleben.

Herr Wengler bittet auch die übrigen Leitungen der örtlichen Grundschulen um ihre Meinung. Frau Kelber bestätigt, es gebe an ihrer Schule einen großen Bedarf für Kooperationserzieher. Auch Herr Denker erklärt, die Grund- und Hauptschule benötige entsprechende Kräfte. Frau Horsinka teilt mit, das Förderzentrum könne für begleitende Maßnahmen nur dann Personal bereitstellen, wenn für die betreffenden Schüler/innen ein sonderpädagogischer Bedarf festgestellt wurde. Die Begleitung durch einen Kooperationserzieher sei jedoch oftmals auch dann hilfreich, wenn ein entsprechender Bedarf nicht festgestellt wurde.

Bürgermeister Dornquast fragt, wie gewährleistet werde, dass die betreffenden Kinder in der Grundschule bereits zuvor im Kindergarten Kontakt zu ihren Kooperationserziehern aufgenommen haben.

Frau Wiebe antwortet, es gebe in den Stadtteilen Quickborn-Heide und Quickborn Ort insgesamt sechs städtische Kindergärten sowie einen weiteren in freier Trägerschaft. Neben zwei städtischen Kooperationserziehern stelle auch die AWO eine Kraft. Da die Zuordnung der Kindertagesstätten zu den zuständigen Schulbereichen der Grundschulen relativ klar abgegrenzt sei, könne man jeden Kooperationserzieher/in einer der drei Grundschulen und zwei bis drei Kindertagesstätten fest zuordnen. Dadurch werde gewährleistet, dass die Kräfte die Kinder - nach der Kennenlernphase im Kindergarten - später in der Grundschule begleiten können.

Auf die Frage von Frau Falk-Kibbel nach dem Zeitkontingent antwortet Frau Wiebe, jeden Kooperationserziehern/innen stünden je 15 Wochenstunden für die Arbeit zur Verfügung. Diese teilen sich die Kräfte nach eigenem Bedarf ein.

Frau Rahl erklärt, sie begrüße die Einstellung von Kooperationserziehern und schlägt vor, dieses Projekt zunächst befristet auf zwei Jahre an der Grundschule am Beckersberg zu starten. Nach Ablauf dieser Zeit solle ein Bericht erstellt werden, aufgrund dessen über eine etwaige Fortsetzung bzw. Ausweitung entschieden werde.



Frau Brocks möchte wissen, in welchem Umfang in Quickborn Vorschularbeit geleistet wird. In Henstedt-Ulzburg werde durch eine sehr intensive Vorschularbeit eine gute Vorbereitung auf die Grundschule gewährleistet. Dies werde unter anderem durch Englischunterricht erreicht, den Lehrkräfte in den Kindergärten erteilen.

Frau Wiebe erklärt, auch in Quickborn gebe es eine intensive Vorschularbeit. Die Kooperationserzieher seien jedoch keine „Stützlehrkräfte“. Sie sollen lediglich Ängste abbauen und damit emotionale Unterstützung leisten.

Frau Kelber teilt mit, die Schule am Beckersberg profitiere bereits von der dort tätigen Sozialpädagogin Frau Nagel. Die Einstellung einer/s Kooperationserziehers/in dürfe daher nicht nur der Schule am Beckersberg zugute kommen.

Herr Wengler entgegnet, Frau Nagel sei hauptsächlich für die Hauptschüler zuständig und in diesem Bereich auch ausgelastet. Der Einsatz von Kooperationserziehern sei darüber hinaus auch eine Kostenfrage.

Herr Möhlenbrock erklärt für die SPD-Fraktion, die Begrenzung auf zwei Jahre als Testphase finde seine Unterstützung, müsse aber für alle Schulen gelten.

Auf die Frage nach den voraussichtlichen Personalkosten antwortet Bürgermeister Dornquast, bei einer Beschäftigung von je einer/m Kooperationserzieher/in an den künftig vier Grundschulen müssten bei jeweils 15 Wochenstunden pro Schule Personalkosten in Höhe von rund 50.000 € p. a. angesetzt werden.

Frau Marquis spricht sich ebenfalls für eine Erprobungsphase aus, fordert jedoch, für alle Grundschulen einen Kooperationserzieher bereitzustellen.

Frau Horn erkundigt sich, wie der Austausch zwischen Kooperationserzieher und der „Muttereinrichtung“ funktioniert.

Frau Wiebe berichtet, das Team funktioniere sehr gut. Der Kontakt zu den KiTa´s bleibe auch während der Anlaufphase in der 1. Klasse erhalten.

Herr Wengler stellt zunächst den Antrag der SPD-Fraktion zur Abstimmung:

Der Antrag der SPD-Fraktion

„Der Kultur- und Jugendausschuss beschließt die Einstellung von Kooperationserziehern für alle Grundschulen in der Gemeinde. Die Einstellung erfolgt befristet für zwei Jahre. Am Ende der Erprobungsphase wird anhand eines Berichts die Fortsetzung des Projekts geprüft.“

**wird mit
bei**

**6 Stimmen (CDU-Fraktion)
5 Stimmen dafür (SPD- und WHU-Fraktion, Herr Hoffmann)**

abgelehnt.



Sodann stellt Herr Wengler den Antrag der CDU-Fraktion zur Abstimmung:

Beschluss: „Der Kultur- und Jugendausschuss beschließt die Einstellung von Kooperationserziehern für die Grundschule am Beckersberg. Die Einstellung erfolgt befristet für zwei Jahre. Am Ende der Erprobungsphase wird anhand eines Berichts die Fortsetzung des Projekts geprüft.“

Beschlussfassung: 6 Stimmen dafür (CDU-Fraktion)
5 Stimmen dagegen (SPD- und WHU-Fraktion, Herr Hoffmann)

Zu Punkt 4 der Tagesordnung:
„Einführung von Regional- bzw. Gemeinschaftsschulen“

Herr Wengler bittet die Leitungen der weiterführenden Schulen um Meinungsäußerung.

Herr Höpner erklärt, die Entscheidung an welchen Standorten Regional- bzw. Gemeinschaftsschulen eingerichtet werden, habe auf die Führung des Alstergymnasiums keinen Einfluss. Er empfiehlt jedoch, die Entscheidung im Interesse der Elternschaft zügig zu treffen. Die Entscheidung für eine gymnasiale Oberstufe an einer oder mehreren Gemeinschaftsschulen sei derzeit noch nicht relevant, da die Gemeinschaftsschulen nach ihrer Einführung zunächst mit der fünften Klassenstufe beginne und daher erst sechs Jahre später eine etwaige Oberstufe starten würde. Sollte die Oberstufe am Alstergymnasium dann über mindestens fünf Profile verfügen, würde die Einrichtung einer Oberstufe an einer Gemeinschaftsschule in Henstedt-Ulzburg die Vielfalt am Alstergymnasium nicht entscheidend beeinträchtigen. Bei der Entscheidung über die Schularten sei es viel wichtiger zu berücksichtigen, dass eine Schrägversetzung vom Gymnasium in den Realschulzweig einer Regionalschule in Henstedt-Ulzburg möglich sein muss.

Frau Rückert spricht sich nochmals für die Einrichtung einer Gemeinschaftsschule am Standort der Realschule Rhen aus. Sollte diese Planung umgesetzt werden, sei die Einrichtung zusätzlicher Gruppenräume und die Einstellung einer sozialpädagogischen Kraft erforderlich. Sie stellt fest, es gebe aufgrund der politischen Diskussion bereits jetzt Fluchtbewegungen in Richtung Realschule Rhen.

Frau Hillebrenner teilt mit, sie habe zu Beginn der politischen Diskussion für die Einrichtung einer Regionalschule am Standort der Schulen am Beckersberg plädiert. Aufgrund des Umfrageergebnisses und der Schülerbewegungen, die in der Umgebung bereits heute existierten, stimme sie aus heutiger Sicht jedoch für die Einrichtung einer Gemeinschaftsschule auch am Standort der Schulen am Beckersberg. Eine Regionalschule am Beckersberg werde langfristig zwischen den Gemeinschaftsschulen Kisdorf und Rhen „zerrieben“ und sei daher auf Dauer nicht lebensfähig. Bereits heute wechselten Schüler, die an der Realschule nicht versetzt werden, oftmals nicht zur Hauptschule, sondern zur Gemeinschaftsschule nach Kisdorf. Die Hauptschule sei stets negativ behaftet, wengleich dies hinsichtlich der pädagogischen Konzeption der Schule unbegründet sei.



Herr Denker erklärt für die Schule am Beckersberg, die Schulleitung spreche sich für die Regionalschule aus, das Lehrerkollegium tendiere eher zur Gemeinschaftsschule.

Frau Brocks gibt zu bedenken, die bisher existierende Form der Gesamtschule werde mit kleineren Klassengrößen gefahren als die künftige Gemeinschaftsschule. Die inhomogenen Lerngruppen seien daher problematisch.

Herr Wengler ergänzt, die Abschlüsse der bisherigen Bildungszweige, Haupt- und Realschule, blieben auch an der Gemeinschaftsschule bestehen. Auch die Bildungsniveaus innerhalb der Klassen trügen weiterhin die Bezeichnungen Hauptschul- bzw. Realschulniveau.

Frau Honerlah erklärt für die WHU-Fraktion, sie akzeptiere die überwiegende Ansicht der Schulleitungen nach der Einführung von zwei Gemeinschaftsschulen.

Aufgrund der kontrovers geführten Debatte ermahnt Herr Wengler alle Anwesenden, keine politisch motivierten Aussagen zu machen, und ruft zur Mäßigung auf.

Frau Kelber befürchtet, bei der Einrichtung beider Schularten in Henstedt-Ulzburg könnte die Regionalschule zwischen den Gemeinschaftsschulen Kisdorf und Rhen nicht dauerhaft bestehen, es sei eine massive Abwanderung von Schülern zu den Gemeinschaftsschulen zu erwarten. Auf Anfrage von Frau Lessing erklärt Frau Kelber, eine organisatorische Anbindung der Grundschulen an eine Gemeinschaftsschule halte sie für bedenklich.

Auch Frau Schulze erklärt, die Grundschule Rhen wolle autark bleiben.

Die Frage von Frau Brocks nach der Durchlässigkeit von der Gemeinschaftsschule zum Gymnasium ab der 6. Klassenstufe verneint Herr Höpner mit Blick auf die verpflichtende 2. Fremdsprache in der 6. Klasse des Gymnasiums.

Herr Wengler lässt einen Beschlussvorschlag der CDU-Fraktion verteilen und verkündet im Anschluss eine Sitzungspause von 19.05 bis 19.15 Uhr. Der Beschlussvorschlag ist dieser Niederschrift als Anlage beigefügt.

Nach der Pause bedankt sich Frau Marquis zunächst bei den Schulleitungen für das Erscheinen und die Stellungnahmen. Sie stellt die Frage, warum die CDU-Fraktion einen vorgefertigten Antrag verteilt, obwohl der Ausschuss in seiner letzten Sitzung Einigkeit erzielt hat, dass eine Entscheidung des Ausschusses erst in der Sitzung am 15.04.08 getroffen werden sollte.

Herr Wengler erklärt, die Vorträge der Schulleitungen hätten für ihn inhaltlich keine neuen Erkenntnisse gebracht. Daher habe er sich entschieden, seinen Beschlussvorschlag, wie vorbereitet, auszuhändigen.

Herr Hoffmann erwidert, die Äußerungen der Schulleitungen am heutigen Abend seien sehr wohl relevant und hätten durchaus neue Ansichten hervorgebracht. Er erwarte, dass über die neuen Erkenntnisse im Ausschuss noch diskutiert wird.

Herr Schlömann erinnert an seinen Antrag aus der Sitzung vom 04.02.08, die Entscheidung auf einen Sitzungstermin nach der Kommunalwahl zu vertagen.



Herr Brocks bedankt sich bei den Schulleitungen für deren Erscheinen. Er weist darauf hin, es gehe bei der Entscheidung nicht um eine einzelne Schule, sondern um die Interessen des gesamten Ortes. Daher müssten alle Schulformen vorgehalten werden. Der Entschluss, den ausgehändigten Antrag im Ausschuss zur Abstimmung zu bringen, sei unter Einbindung externer Fachleute gefasst worden.

Frau Honerlah fordert, den überwiegenden Wunsch der Schulleitungen nach zwei Gemeinschaftsschulen in Henstedt-Ulzburg zu berücksichtigen.

Frau Brocks kritisiert, es gebe zwar einen großen Ansturm auf die Gemeinschaftsschulen. Letzten Endes werde sich die Schülerschaft an einer Gemeinschaftsschule überwiegend aus haupt- und realschuleempfohlenen Schulkindern zusammensetzen, es werde kaum Schüler mit einer Gymnasialempfehlung an der Gemeinschaftsschule geben. Daher sei die Regionalschule die bedarfsgerechte Schulform.

Herr Bruhn befürchtet, die Regionalschule werde an die Wand gefahren. Die Gemeinschaftsschule hingegen werde auch für die schwächeren Gymnasiasten benötigt, die dann in neun Jahren das Abitur erwerben können.

Herr Wengler erläutert, ein Übergang auf das Gymnasium sei mit der mittleren Reife, die an der Regionalschule erworben wird, genauso möglich wie nach der Gemeinschaftsschule. Es bestehe sogar ein Recht auf Zulassung zur Oberstufe.

Herr Möhlenbrock bezeichnet die Regionalschule als Restschule, die lediglich Restschüler aufnehme. Herr Wengler fordert Herrn Möhlenbrock auf, diese Begriffe im Interesse der Schülerinnen und Schüler dieser Schulart nicht zu verwenden und stellt die Anträge der Fraktionen zur Abstimmung.

Der Antrag von Herrn Schlömann,

die Entscheidung über die künftigen Schularten der Haupt- und Realschulen auf einen Sitzungstermin nach der Kommunalwahl zu verschieben,

wird mit	6 Stimmen	(CDU-Fraktion)
bei	5 Stimmen dafür	(SPD- und WHU-Fraktion, Herr Hoffmann)

abgelehnt.

Der Antrag der SPD-Fraktion,

- a) Die Realschule im Schulzentrum wird mit der Hauptschule zur Gemeinschaftsschule zusammengelegt und mit der Grundschule am Beckersberg organisatorisch verbunden. Die Realschule Rhen wird zur Gemeinschaftsschule, eine organisatorische Verbindung mit Grundschulen erfolgt nicht.**
- b) Das Alstergymnasium bleibt erhalten.**
- c) Beide Gemeinschaftsschulen bekommen eine/n Sozialpädagogin/en zur Unterstützung der pädagogischen Arbeit.**



d) Die Entscheidung über eine gymnasiale Oberstufe an den Gemeinschaftsschulen wird zu gegebener Zeit getroffen.

wird mit 6 Stimmen (CDU-Fraktion)
bei 5 Stimmen dafür (SPD- und WHU-Fraktion, Herr Hoffmann)

abgelehnt.

Der Antrag der CDU-Fraktion,

- 1. Die Realschule im Schulzentrum und die Grund- und Hauptschule am Beckersberg werden zu einer Regionalschule mit Ganztagsbetrieb zusammengeführt. Die Grundschule wird mit der Regionalschule verbunden.
Mittelfristig ist vorzusehen, die Schule ausschließlich am Standort Beckersberg zu führen.**
- 2. Die Realschule Rhen wird zu einer dreizügigen Gemeinschaftsschule mit Ganztagsbetrieb umgewandelt.**
- 3. Das Alstergymnasium wird unverändert fortgeführt. Ein Betrieb als Ganztagschule im Rahmen G8 ist einzuführen.
Mittelfristig ist vorzusehen, das heutige Schulzentrum ausschließlich für den Gymnasialbetrieb zu nutzen.**
- 4. Die Grundschulen Ulzburg, Ulzburg-Süd und Rhen bleiben eigenständig.**
- 5. Die zukünftige Regional- bzw. Gemeinschaftsschule entwickeln die für die Beantragung erforderlichen pädagogischen Konzepte. Die Regionalschule bindet die Option der zweiten Fremdsprache ab Jahrgang 6 konzeptionell ein.
Die beiden Schulen entscheiden über den gemeinsamen Starttermin - Schuljahr 2009/10 oder 2010/11.
Dementsprechend sind die Anträge vom Schulträger fristgerecht einzureichen.**

Die Verwaltung wird aufgefordert, die für die neue Schulstruktur erforderlichen kurz- und mittelfristigen Raum-, Logistik- und Terminplanungen zu erstellen und eine Kostenabschätzung für die erforderlichen Erweiterungen vorzunehmen.

wird mit 6 Stimmen (CDU-Fraktion)
bei 5 Gegenstimmen (SPD- und WHU-Fraktion, Herr Hoffmann)

angenommen.



Frau Marquis erklärt, die WHU-Fraktion ziehe ihren Antrag zur Sitzung am 04.02. 2008 zurück. Herr Wengler dankt den beteiligten Schulleitungen für ihr Erscheinen.

Zu Punkt 5 der Tagesordnung:
„Schülerbeförderung“

Zu diesem Tagesordnungspunkt ergeben sich keine Fragen der Ausschussmitglieder.

Beschluss: **Der Kultur- und Jugendausschuss nimmt die rückwirkende Änderung der Grundsätze der Gemeinde Henstedt-Ulzburg für die Teilnahme an der Schülerbeförderung zur Kenntnis.**

Dem Finanz- und Wirtschaftsausschuss wird empfohlen, die Haushaltsmittel in Höhe von 20.000 € für Schulprojekte im Nachtragshaushalt 2008 bereit zu stellen und einen entsprechenden Beschluss zu fassen.

Beschlussfassung: einstimmig

Zu Punkt 6 der Tagesordnung:
„Runder Tisch“ zu den Themen „Treffpunkte für Jugendliche in Henstedt-Ulzburg, Vandalismus u. a.“

Herr Wengler bedankt sich bei den Teilnehmern des Runden Tisches. Es besteht unter den Ausschussmitgliedern Einvernehmen, das Arbeitspapier in den Fraktionen zu diskutieren.

Zu Punkt 7 der Tagesordnung:
„Gemeindebücherei und -mediothek – Bericht für das Jahr 2007“

Herr Wengler bewertet die Zahlen der Gemeindebücherei und -mediothek für das Jahr 2007 als überwiegend positiv und verweist auf die Beratung zum Thema Mediensicherung in der Sitzung am 15.04.08.

Beschluss: **Der Kultur- und Jugendausschuss nimmt den Jahresbericht 2007 zur Kenntnis.**

Beschlussfassung: einstimmig

Zu Punkt 8 der Tagesordnung:
„Bericht über die finanziellen Zuwendungen zu Bildungs- und Betreuungsangeboten 2003 - 2007“

Herr Wengler bedankt sich bei der Verwaltung für die umfangreiche Ausarbeitung. Fragen der Ausschussmitglieder ergeben sich nicht. Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.



Zu Punkt 9 der Tagesordnung:

„Verbesserung der Verpflegungssituation an der Grund- und Hauptschule am Beckersberg – Antrag der CDU-Fraktion“

Herr Wengler erläutert kurz den zu diesem Tagesordnungspunkt von der CDU-Fraktion gestellten Antrag.

Frau Honerlah fragt an, wofür die Aushilfskraft insgesamt zuständig sein soll und ob der im Antrag der CDU-Fraktion umschriebene Aufgabenbereich für eine Person überhaupt zu bewerkstelligen sei.

Bürgermeister Dornquast erläutert, die Auslastung der Aushilfskraft hänge von den Stoßzeiten ab und wie die Nutzung der Mensa durch die Schülerinnen und Schüler sich in Zukunft entwickelt.

Herr Wengler bemängelt, die Mensa werde derzeit ausschließlich für die Mittagsverpflegung genutzt. Die Integration des Kiosk in den Mensabereich solle für mehr und bessere Angebote im Mensaraum sorgen und damit dessen Akzeptanz steigern. Die Essensausgabe durch die Schüler, die an der Zubereitung der Speisen am Mittwoch Mittag teilnehmen, sei unproblematisch, da alle diese Schüler/innen über ein Gesundheitszeugnis verfügten.

Frau Honerlah erklärt, die Idee sei gut, bezweifelt jedoch, die Aushilfskraft könne die neuen Aufgaben leisten. Im Übrigen könne der Ausschuss nicht über die Planungen der Schule hinweg über eine Nutzung der Mensa als Frühstücksraum entscheiden.

Herr Wengler erwidert, der Antrag sei mit der Schulleitung abgestimmt. Herr Denker fügt hinzu, der Betrieb des Kiosk in seiner bisherigen Form sei kaum aufwändig, da nur belegte Brötchen und etwas Obst verkauft werden.

Da sich keine weiteren Fragen der Ausschussmitglieder ergeben, wird der Beschlussvorschlag der CDU-Fraktion zur Abstimmung gestellt.

Der Antrag der CDU-Fraktion,

die Verpflegungssituation an der Grund- und Hauptschule Beckersberg wie folgt zu verbessern:

- **Verlegung des Kiosk in die Mensa**
- **Betreibung des Kiosk durch eine Aushilfskraft – zunächst befristet für ein Jahr**
- **Ausweitung des Kioskangebotes, z. B. belegte Brötchen, Snacks**
- **Einführung eines Frühstücks im Klassenverband (Grundschule)**
- **Zubereitung der Mittagsverpflegung (außer Mittwoch) durch die Aushilfskraft in der schuleigenen Küche und Austeilung der Mahlzeiten durch Schüler/innen**
- **Prüfung der Umstellung auf ein Gutscheinsystem,**



Zu Punkt 12 der Tagesordnung:
„Fragezeit der Einwohnerinnen und Einwohner“

Herr Iversen erkundigt sich nach der Refinanzierung der Schülerbeförderungskosten durch Kreis und Land. Herr Wengler erläutert, zwischen Finanzministerium und den kommunalen Spitzenverbänden finden noch Abstimmungsgespräche statt. Danach werde über die Refinanzierung entschieden.

Zu Punkt 13 der Tagesordnung:
„Vereinsgrundstücke in Henstedt-Ulzburg - nichtöffentlich“

Siehe Anlage zur Niederschrift.

Die Anlage ist vertraulich zu behandeln und nicht für die Öffentlichkeit bestimmt.

Im Anschluss an die Beratung zu diesem Tagesordnungspunkt stellt Herr Wengler die Öffentlichkeit wieder her. Sodann schließt er die Sitzung.

gez. Wilfried Wengler
(Ausschussvorsitzender)

gez. Lars Möller
(Protokollführer)

Gesehen:

gez. Volker Dornquast
(Bürgermeister)